Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur sonntags vom 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH., Dresden-A., Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 259. Postscheckkonto: Dresden 18 690.

Verantwortlich für Lokales: Otto Göbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandspolitik, Wirtschaft, Gewerkschaft, Sport, Radio und Arbeiterkultur: Gerhard Grabe, Dresden; für Ausland: Karl Preisner, Berlin; für Feuilleton und Reportage: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Fritz Ritscher, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A.

7. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 30. Dezember 1931 — Nummer 217

Die bürgerliche Presse meldet:

„Streikvorbereitungen im Ruhrgebiet!"

„Zentraler Kampfausschuß gebildet . Versammlungen in fast allen Betrieben"

„Streikausbruch wahrscheinlich am 2. Januar!"

Die bürgerlichen Zeitungen von heute morgen bringen unter obiger Ueberschrift aufsehenerregende Meldungen über Streikvorbereitungen, die im Ruhrgebiet getroffen werden. So meldet der Dresdner Anzeiger:

„Die Rheinisch-Westfälische Zeitung berichtet in ihrer Mittwochmorgenausgabe in großer Aufmachung, daß sich im Ruhrgebiet ein kommunistischer „Zentraler Kampfausschuß der Ruhrbergarbeiter" gebildet habe, der sich in einem Aufruf an die gesamte Ruhrarbeiterschaft wende, um einen umfassenden Massenstreik der Betriebe mit Unterstützung der Erwerbslosen und aller Wohlfahrts-, Notstands- oder Pflichtarbeiter auf breitester Basis vorzubereiten."

Diese Meldung wird durch die Dresdner Nachrichten, die sich ebenfalls auf den Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung stützt, ergänzt:

„Auf vielen Werkanlagen hätten in den letzten Tagen Mitgliederversammlungen der revolutionären Organisationen getagt, um die Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Am Abend des 1. Januar solle eine „Alarmsitzung" aller revolutionären Organisationen abgehalten werden.

Der eigentliche Streik werde wahrscheinlich am 2. Januar beginnen. Besondere Aufmerksamkeit solle der Arbeit innerhalb der freien und der christlichen Gewerkschaften gewidmet werden. Für den 1. Januar wird ein Mieterstreik proklamiert.

Ferner komme in Frage die Bildung der sogenannten Erwerbslosenkassen zum Schutz der Streikenden. Auch sei vom 2. Januar an der Besuch der Wohlfahrtsämter und Rathäuser geplant."

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung, aus der die Meldungen stammen, ist das Organ der Schwerindustrie am Rhein und an der Ruhr. Diese Zeitung verfügt über einen, vom Zechenverband des Ruhrgebiets gut organisierten Nachrichtendienst. Von diesem Nachrichtendienst stammte auch der von uns gestern veröffentlichte Geheimbericht des Zechenverbandes über den Ruhrstreik vom Oktober 1931. In diesem Geheimbericht wurde besonders auf die einheitliche und geschlossene Streikfront aller Arbeiter hingewiesen. Freigewerkschaftliche, christliche und Reichsbannerarbeiter beteiligten sich aktiv am Streik, in den Kampfausschüssen und bei dem Streikpostenstehen. Wenn deshalb in den Berichten über die gegenwärtigen Streikvorbereitungen nur von den Kommunisten die Rede ist, so nehmen wir an, daß genau so wie im Oktober

sich die Arbeiter aller Richtungen in einer Kampfstimmung befinden und an den Streikvorbereitungen beteiligt sind.

Das geht auch aus einer Meldung des Ruhr-Echos, die unter der Ueberschrift **„Gärung in den Ruhrbetrieben"** veröffentlicht wurde, hervor. Das Ruhr-Echo schreibt:

„Essen, 28. Dez. Die erste Arbeitsschicht nach den Weihnachtstagen führte in den Metall- und Baubetrieben des Ruhrgebiets zu **erregten Diskussionen und Empörungs-Ausbrüchen.** Alles spricht über den am 2. Januar zu erwartenden **Lohnabbau.** Erregte Gruppen-Debatten werden insbesondere aus den Betrieben **Krupp,** Rheinhausen, den Hamborner Thyssenschächten, vom **„Bochumer Verein",** von der Krupp-A.-G., Essen, und aus anderen Industriebetrieben des Ruhrbezirks berichtet. Auf der Schachtanlage Mont-Cenis 1/3 **beschlossen sämtliche Betriebsräte, in engster Einheitsfront zu kämpfen; die Annahme eines betrieblichen Kampfprogrammes wurde einstimmig beschlossen.** Ueberall wird in Schacht und Hütte **der Ruf nach Einheit und zum revolutionären Zusammenschluß laut."**

Diese Tatsache der wachsenden Kampfstimmung und der immer fester werdenden Einheitsfront, ist weder der Rheinisch-Westfälischen Zeitung noch den Unternehmern unbekannt. Sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter werden von den Vorstößen der Unternehmer, von immer weiter gehenden Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen genau so betroffen, wie die kommunistischen Arbeiter. Hunger und Not leiden nicht nur die Frauen und Kinder der Kommunisten, sondern genau so die der Sozialdemokraten, Christen und Parteilosen. Erst jetzt wird wieder vom Rheinisch-Westfäl. Kohlensyndikat **die Entlassung von 20 000 Bergarbeitern** für die nächste Zeit angekündigt. Erwerbslosigkeit bedroht alle Arbeiter.

Wie ernst die Lage im Ruhrgebiet ist, geht auch daraus hervor, daß die Unternehmer bereits alle Vorbereitungen gegen den Streik treffen. Wie im Oktoberstreik sind es neben der Gewerkschaftsbürokratie, die faschistischen Organisationen auf die sich die Unternehmer stützen. Besonders der „Bochumer Verein" sammelt heute schon seine Garden. Alle Stahlhelmer werden in Sonderappells zusammengefaßt, um der Direktion zur Verfügung zu stehen. Sogar ehemalige Stahlhelmer müssen sich bei ihren früheren Führern bzw. in der Privatwohnung des Direktors Letizerant, bei einem Direktor des „Bochumer Vereins", melden. Hier müssen die ehemaligen Stahlhelmer des Werkes angeben, welche Facharbeiten sie zu leisten imstande sind. Direktor Letizerant eröffnete den Leuten, es würden „wichtige Ereignisse eintreten die zu einer Wiedereinstellung dieser ehemaligen Stahlhelmer in den Betrieb führen könnten. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß diese Ereignisse Streiks der Belegschaften sein würden".

Auch die „Technische Nothilfe" im Bochumer Gebiet hat ihre Mitglieder alarmiert. So wurden über die eigene Mitgliederschaft hinaus sogar noch ehemalige Hochofenarbeiter des „Bochumer Vereins" zu den Teno-Führern bestellt. Hier wurde ihnen mitgeteilt, **die Teno-Kolonnen für den „Bochumer Verein" beständen nach wie vor weiter und müßten sich zu „wichtiger Arbeit" bereit halten.**

Die Arbeiter erkennen aber auch immer mehr, daß

sich ihre Kampffront gleichzeitig gegen die Bürokratie der freien und christlichen Gewerkschaften richten muß.

Diese Gewerkschaftsbürokratie hat in den vergangenen Kämpfen nicht nur jeder Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugestimmt, sondern durch **Organisierung von Streikbrechergarden jeden Kampf abgewürgt.**

Wir haben diese, zum größten Teil von den bürgerlichen Zeitungen veröffentlichten Tatsachen ausführlich wiedergegeben, weil nicht nur im Ruhrgebiet, sondern überall von den Unternehmern Vorstöße zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Wirtschaftslage der Arbeiter gemacht werden.

Deshalb: Hinein in die RGO! Schafft in jedem Betrieb eine RGO-Betriebsgruppe. Bildet überall die rote Einheitsfront.

Neue Herabsetzung der Fürsorgesätze in Dresden geplant!

Dresden, den 30. Dezember

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, besteht im Dresdner Stadtrat der ungeheuerliche Plan einer erneuten Herabsetzung der Fürsorgesätze. Der Stadtrat wird noch vor Neujahr zu dieser Frage Stellung nehmen, um bereits ab 1. Januar die Hungerbeiträge zu kürzen.

So unglaublich diese uns zugesandte Mitteilung auch klingen mag, ist angesichts der Praxis des Stadtrates kaum daran zu zweifeln, daß der Abbauplan von der aus Hochbesoldeten bestehenden Mehrheit des Külz-Bührer-Rates genehmigt wird. Ein Sturm der Empörung wird nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen, sondern bei der gesamten werktätigen Bevölkerung das Echo der neuen Hungerpläne sein.

Lohnabbau für Steinkohlenkumpels

Schiecks Neujahrsgeschenk an die Bergherren / Bergarbeiter, schafft die rote Einheit!

Der sächsische Landesschlichter hat auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember eine bindende Entscheidung dahin getroffen, daß sowohl die Löhne der Arbeiter wie die Gehälter der Angestellten vom 1. Januar 1932 ab um 10 v. H. gekürzt werden. Die Regelung ist in beiden Fällen zunächst unkündbar bis zum 30. April 1932.

Durch diese Entscheidung werden die Löhne der sächsischen Steinkohlenarbeiter, die schon vor dieser Kürzung mit 6,69 Mark Schichtlohn auf den Stand von 1927, wo 6,49 Mark pro Schicht gezahlt wurden, faktisch **auf den Stand von 1924 herabgedrückt.**

Obwohl die Verhandlungen im sächsischen Steinkohlenbergbau am 28. Dezember fortgesetzt werden sollten, verzichtete der Schlichter darauf und kürzte sowohl den Angestellten wie den Arbeitern die Löhne.

Vergleicht man die Löhne von 1924 bis jetzt und bringt damit die gesteigerte Ausbeutung der sächsischen Kumpels in Verbindung, so zeigt sich, daß die Löhne tatsächlich **unter dem Stand von 1924 liegen,** was durch folgende Tabelle klar zum Ausdruck gebracht wird.

	Schichtlöhne		Durchschnittsleistung pro Schicht	
1924	4,65	Mark	471	Kilogramm
1925	5,99	„	560	„
1926	6,45	„	586	„
1927	6,91	„	634	„
1928	7,58	„	659	„
1929	7,83	„	658	„
1930	7,70	„	702	„
1931 (März)	7,15	„	770	„
1931 (Oktober)	6,69	„	770	„

Während also die Löhne seit 1929, wo sie ihren Höhepunkt erreichten, um 1,14 Mark pro Schicht abgebaut wurden, ist eine ununterbrochene Leistungssteigerung bis jetzt zu verzeichnen.

Zu den durch die Notverordnung diktierten Hungerlöhnen kommen ab 1. Januar gewaltige Verschlechterungen in der Knappschaftsversicherung, unter anderem der Wegfall des Sterbegeldes für Frauen und Kinder. Die Renten der Invaliden werden gekürzt, den Unfallrentnern, die noch 20 Prozent ihres Lohnes verdienen, sollen in Zukunft die Renten vollkommen gestrichen werden.

Die Empörung der Kumpels ist ungeheuer. Die SPD-Presse und die Gewerkschaftsbürokratie versuchen sie mit Preissenkung und „kleinerem Uebel" zu besänftigen. So schreibt z. B. das Sächsische Volksblatt vom 28. Dezember unauffällig auf einer Lokalseite unter einem Phrasenschwall von „schreiender Ungerechtigkeit" folgendes: „Es gilt nun, das größte Augenmerk darauf zu richten, daß die versprochenen Preissenkungen in dem Umfange eintreten, wie es von der Regierung versprochen wurde."

Die Rebellion der Gewerkschaftsmitglieder greift auch auf die fanatischen SPD- und BAV-Mitglieder über. Auf einer vor einigen Tagen abgehaltenen Bezirkskonferenz forderten sozialdemokratische Delegierte offen den Kampf gegen den Lohnabbau.

RGO-Vormarsch in Betrieben!

Solingen, 30. Dezember. (Eig. Meldung.)

Hier fanden die **Betriebsratswahlen für die Straßenbahn** statt. Es erhielten an Stimmen:

RGO	**152 (im Vorjahr 141)**	**3 Mandate**
Reformisten .	84 (im Vorjahr 126)	1 Mandat
Christliche . .	82 (im Vorjahr 116)	2 Mandate

Bei der vorjährigen Wahl waren 418 Belegschaftsmitglieder wahlberechtigt und in diesem Jahre nur 355. Im Verlauf des Jahres 1931 wurden 63 Mann entlassen, von denen 50 Anhänger der RGO waren. Das Wahlergebnis ist eine **schlagende Antwort an die Notverordnungspolitiker** sozialdemokratischer und christlicher Gewerkschaftsbürokraten.

Siegesfanfaren des Sozialismus

Schluß der Tagung des ZK der Sowjetunion

Moskau, 28. Dezember

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Die Tagung des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion wurde heute nachmittag geschlossen. In seiner Zusammenfassung der Ergebnisse erklärte Gen. Petrowski: Der Plan des weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues im Jahre 1932 ist klar vorgezeichnet. Die Befriedigung der weitgehenden Bedürfnisse der Werktätigen wird auf dieser Grundlage zu neuer Höhe gebracht.

Wie der Versuch der Organisierung eines Anschlags auf den japanischen Botschafter in Moskau gezeigt hat, werden internationale Intrigen gesponnen zur Schaffung der Voraussetzungen eines Angriffes auf uns. Indem wir den Fünfjahresplan in vier Jahren erfüllen, werden wir angesichts dieser Gefahr wachsam sein.

Mögen jene, die uns angreifen wollen wissen, daß die Werktätigen der Sowjetunion, wenn dies geschehen sollte, gleich einer unerschütterlichen Mauer ihr Land schützen werden.